

## Spichern. Eine historische Topografie

Wer mit der Berliner U-Bahn Linie U9 die Station „Spichernstraße“ passiert, wird dabei kaum an die Prinzessin *Helene Luise von Mecklenburg-Schwerin* und spätere *Herzogin von Orléans und Chartres* denken – es sei denn, er stammt aus Saarbrücken und Umgebung. Er wird den Namen der U-Bahn-Station wohl auch nicht mit einer Schlacht im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 verbinden, die dort von der preußischen Armee gegen das 2. Französische Korps unter dem General *Charles Auguste Frossard* geschlagen wurde. Und er wird wahrscheinlich nicht auf die Idee kommen, dass das kaum zwei Kilometer von Spichern entfernte Saarbrücken im ersten Weltkrieg ein bevorzugtes Ziel alliierter Bombenangriffe war, dass der Reichskanzler *Adolf Hitler* höchstselbst bei einer Besichtigung der Spicherer Höhen Ende 1939 militärische Unterstände errichten ließ, die im zweiten Weltkrieg Teil des „Westwalls“ wurden, und dass kurz darauf nebenan das Gestapo-Lager „Neue Bremm“ errichtet wurde, das zunächst der Unterbringung von Zwangsarbeitern, gegen Kriegsende als Gefangenengelager und KZ-Durchgangslager diente. Reichlich Geschichte für eine kleine Gemeinde wie Spichern, die auf Französisch Spicherent genannt wird.

### 1.

Prinzessin Helene Luise erregte hohe Aufmerksamkeit, als sie im Mai 1837 an der „Goldenene Bremm“ die Grenze des Königreichs Preußen zum Königreich Frankreich überquert hatte. Der Grenzübergang Goldene Bremm auf der Gemarkung Spicherent liegt heute wieder auf französischem Gebiet, während der Grenzübergang nach Preußen bei der ehemaligen Grafschaft Saarbrücken den Namen Neue Bremm trug und bis heute trägt. Die Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin, das auf dem Wiener Kongress als Teil der preußischen Rheinprovinz zum Großherzogtum erhobenen worden war, war auf dem Weg zu ihrem Verlobten *Ferdinand Philippe d'Orléans, duc de Chartres*. Da sich herumgesprochen hatte, dass sie auf Schloss Fontainebleau den ältesten Sohn und Thronfolger des Königs *Louis-Philippe* von Frankreich und dessen Frau *Maria Amalia von Neapel-Sizilien* heiraten würde, bereiteten ihr die örtlichen Notabeln aus Spicherent einen prachtvollen Empfang. Dabei versicherten sich die Gesandten der französischen und preußischen Behörden gegenseitig bester Nachbarschaft.

### 2.

Das Friedensversprechen hielt nicht lange vor. Im Zeichen des in Europa grassierenden Nationalismus verschärften sich die Gegensätze zwischen Frankreich und den deutschen Staaten unter Führung des preußischen Ministerpräsidenten *Otto von Bismarck*. In Frankreich hatte die Julimonarchie König

Louis-Philippes mit der Februarrevolution 1848 geendet. Der als Präsident der Zweiten Republik gewählte *Louis Napoleon*, ein Neffe Napoleons I., der die Republik nach vier Jahren besiegt und sich durch einen Staatsstreich zum Kaiser *Napoleon III.* hatte ernennen lassen, erwies sich am Ende seiner Amtszeit als außenpolitisch schwacher Herrscher, stets auf eine Erweiterung des französischen Territoriums bedacht, aber ohne Fortune. 1867 gelang es ihm nicht, dem niederländischen König *Wilhelm III.* das Herzogtum Luxemburg abzukaufen, weil Bismarck den König der Niederlande durch einen als Drohung empfundenen Trick zum Rückzieher veranlasste. Als Blamage für Napoleon endete sein Coup, den Bruder *Maximilian* des österreichischen Kaisers *Franz Joseph* als Kaiser von Mexiko zu installieren, um das Land zu einer Kolonie Frankreichs zu machen; das Abenteuer scheiterte am Widerstand der USA gegen europäische Militärinterventionen.

Die außenpolitischen Rückschläge suchte Napoleon zur Sicherung der französischen Hegemonie durch eine offensivere Politik gegen die von Bismarck betriebene Einigung Deutschlands unter Führung Preußens wettzumachen, die als machtpolitische Schwächung und Prestigeverlust Frankreichs wahrgenommen wurde. Das kam den Ambitionen Bismarcks sehr entgegen, nach dessen Strategie die kleindeutsche Lösung nur durch eine gemeinschaftliche Anstrengung eines nationalen Kriegs gegen den französischen Nachbarn erreicht werden konnte. Bismarck wollte den Krieg, aber er wollte nicht als Anstifter dastehen. So genügte 1870 als Kriegsauslöser der eher ridiküle Konflikt um die spanische Thronfolge, die Spaniens Regierung Prinz *Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen* angetragen hatte. Die Befürchtung Frankreichs, im Süden und im Osten von Hohenzollern eingekreist zu werden, nutzte Bismarck zur Eskalation, indem er die Kandidatur Leopolds durch das Haus Hohenzollern bekanntgeben ließ. Wiewohl König *Wilhelm von Preußen*, der zur Kur in Bad Ems weilte, auf Druck eines französischen Gesandten den Thronverzicht Leopolds veranlasst hatte, forderte der französische Außenminister *Antoine de Gramont* vom preußischen König einen dauerhaften Verzicht auf die spanische Thronfolge und die Erklärung, er habe niemals die Ehre der französischen Nation beschädigen wollen. Das lehnte König Wilhelm ab. Für Bismarck war die Forderung die willkommene Gelegenheit, durch eine Zuspitzung der königlichen Erklärung in der „Emser Depesche“ vom 13. Juli Frankreich zu provozieren, was *Theodor Fontane* in die Worte fasste: „Bismarcks Telegramm schuf nicht den Krieg, sondern zwang ihn nur in die richtige Stunde.“ Bismarcks Kalkül ging auf. Frankreich erklärte sechs Tage später Preußen den Krieg, der Reichstag des Norddeutschen Bundes bewilligte am selben Tag die Kriegskredite und die süddeutschen Staaten erkannten in der Kriegserklärung den Bündnisfall. Dem als Angreifer dastehenden Frankreich fehlte die Rückendeckung der Großmächte.

Ende Juli standen sich 300.000 französische und 520.000 deutsche Soldaten zwischen Saarbrücken und Basel gegenüber. Die französische Offensive führte zu ersten Kämpfen auf preußischem Boden.

Das 2. Korps unter General Frossard nahm am 2. August das nur schwach verteidigte Saarbrücken ein, konnte sich dort aber nicht halten und zog sich auf die Spicherer Höhen zurück. Während sich die 3. Armee unter dem preußischen Kronprinzen *Friedrich Wilhelm*, dem späteren 99-Tage-Kaiser Friedrich III., am 6. August nach heftigen und verlustreichen Kämpfen um Weißenburg im Elsass gegen die Armee des Marschalls *Patrice de MacMahon* durchgesetzt hatte, griffen Teile der 1. und 2. preußischen Armee am selben Tag das 2. französische Korps auf den Spicherer Höhen an, nahmen nacheinander den Roten Berg, den Forbacher Berg sowie die Goldene Bremm ein und konnten trotz hoher Verluste den General Frossard zum Rückzug zwingen, weil die französische Führung bereitstehende Reserven nicht schnell genug eingesetzt hatte.

Die Schlacht bei Spicheran war keineswegs die letzte und auch nicht die entscheidende kriegerische Auseinandersetzung, doch der glückliche Sieg gab den Preußen im weiteren Kriegsverlauf einen positiven Impuls. Nach der Belagerung und Zerstörung Straßburgs Ende September, die Frankreich 1914 als eine Begründung für das Kriegziel der Wiedergewinnung von Elsass-Lothringen diente, dem Fall von Metz und Toul sowie der siegreichen Schlacht von Sedan kapitulierte die französische Armee am 2. September 1870. In Paris wurde Kaiser Napoleon auf Druck des Volkes gestürzt, mehr als 40.000 Angehörige deutscher Staaten, unter ihnen vor allem die mittellosen, wurden nicht wegen individuellen Fehlverhaltens, sondern wegen ihrer falschen Staatsangehörigkeit ausgewiesen – ein drakonischer Vorgriff auf die Internierung von Millionen Menschen während der beiden Weltkriege. Waffenstillstandsverhandlungen der neuen Regierung lehnte Bismarck ab, weil er die staatliche Neuordnung Deutschlands nur unter dem Druck des Kriegs nach außen und der Repression im Innern zu gestalten gedachte. Er ließ die Hauptstadt Paris mit ihren zwei Millionen Einwohnern belagern und bombardieren, bis die Stadt angesichts des Mangels an Baguettes, anderen Nahrungsmitteln und Kohle im langen und kalten Winter am 31. Dezember kapitulierte. Im übrigen Frankreich versiegte der Widerstand allmählich, nachdem die fast 100.000 Soldaten starke Armee des Generals *Charles Bourbaki* Anfang Februar 1871 auf Schweizer Gebiet abgedrängt worden war. Am 26. Februar wurde ein Vorfrieden geschlossen, zum endgültigen Friedensschluss kam es wegen des zähen Widerstands von Franc-tireurs-Bataillonen erst vor 150 Jahren am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main. Schon am 18. Januar 1871 war nach Gründung des zweiten deutschen Kaiserreichs der preußische König Wilhelm im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser gekrönt worden.

Expansionsdrangs des jeweiligen Gegners deuteten. Der Sieg des Deutschen Reichs bewirkte auf vielen Gebieten jahrzehntelang eine Fixierung Frankreichs auf den deutschen Feind und die vermeintlichen deutschen Stärken als Grund für die eigene Niederlage. Auf deutscher Seite diente der Sieg als einigendes Band der „inneren Reichsgründung“, der Tag der Gefangennahme Napoleons auf dem Schlachtfeld am 2. September 1870 wurde als „Sedanstag“ der wichtigste nationale Feiertag im Reich. Bereits am 7. August 1870 wurde von der Stadt Saarbrücken im „Ehrental“ in unmittelbarer Nähe des Schlachtfelds ein Soldatenfriedhof angelegt. Er war die Grundlage für eine Erinnerungskultur, die das bald reichsdeutsche Spichern zum nationalen Gedenkort werden ließ. In den 1880er Jahren begründete der Saarbrücker Kriegerverein die „Spicherntage“, die alljährlich mit Musik, Gesang und pathetischen Reden auf den Spicherer Höhen begangen wurden. Seit 1905 fand im Jahresrhythmus das Spicherer Turn- und Spielfest statt, das sich am Vorabend des ersten Weltkriegs zu einer paramilitärischen Veranstaltung mit nationalistischer Färbung entwickelte und die Kriegsbegeisterung besonders unter Jugendlichen förderte. Die vor der Reichsgründung eher unbedeutende Stadt Saarbrücken im äußersten Südwesten der preußischen Rheinprovinz mutierte bis zum ersten Weltkrieg zu „Preußens Bastion im Westen“ (Wilfried Loth). Zur raschen Integration der Stadt ins Deutsche Reich trug maßgeblich der Spichernkult bei, der durch den Besuch des preußischen Königs Wilhelm drei Tage nach Ende der Schlacht manifestiert wurde. Noch 1913 feierte man in Saarbrücken Spichern.

Deshalb verwundert es nicht, dass die Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Frankreich am 3. August 1914 im Saargebiet wie auch im übrigen Reich anfangs Begeisterung auslöste. Doch die Stimmung drehte sich, als sich mit Versorgungsproblemen die ersten Kriegsauswirkungen im Alltag der Bevölkerung bemerkbar machten. Die Verknappung der Lebensmittel machte vor allem den schwer arbeitenden Bergleuten zu schaffen. Ein Jahr nach Kriegsbeginn brachten Luftangriffe den Krieg an die Saar. Saarbrücken zählte mit seinem kriegswichtigen Bahnhof und der nahen Industrie zu den Hauptangriffszielen der Bomber der Alliierten. Bei der Herstellung von Eisen, Stahl und Kohle als den wichtigsten Grundstoffen der Rüstungsproduktion fehlten die Frontkämpfer, sie wurden durch Frauen, Jugendliche und Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter ersetzt. Nachdem die militärische Lage für das deutsche Heer zu Beginn des Herbsts 1918 aussichtslos geworden war, nahm Reichskanzler *Max von Baden* Gespräche mit den Alliierten über einen Waffenstillstand auf. Der am 11. November 1918 geschlossene Vertrag bestimmte unter anderem die Räumung der vom Reich besetzten Gebiete in Frankreich wie Spicheren und die Spicherer Höhen. In Saarbrücken und anderen Städten des Saargebiets zogen französische Truppen ein. Die mit der zeitgleichen Novemberrevolution gegründeten Arbeiter- und Soldatenräte, die sich als vorläufige Ordnungskräfte verstanden, wurden vom französischen Militär aufgelöst, das jetzt die neue Ordnungsmacht im Saargebiet war.

Der am 28. Juni 1919 geschlossene Friedensvertrag, der auf der Friedenskonferenz von Versailles durch die Siegerstaaten unter Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten *Georges Clemenceau* ohne Anhörung der deutschen Delegation verhandelt worden war, trug nicht dazu bei, die deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern. Clemenceau trat als entschiedener Gegner des deutschen Reichs auf, weil er durch dessen größtmögliche Schwächung Frankreichs Interessen schützen wollte. Neben umfangreichen Reparationen und der Rückgabe von Elsass-Lothringen forderte er die Abtretung des Rheinlands und des Saargebiets. Mit seinen Forderungen nach Gebietsabtretungen konnte er sich nicht durchsetzen, weil insbesondere der britische Premierminister *David Lloyd George* eine Hegemonie Frankreichs befürchtete, die das Kräftegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent stören und das Deutsche Reich womöglich auf die Seite der Bolschewiken bringen würde, und auch der US-amerikanische Präsident *Woodrow Wilson* eine Abtretung des Rheinlands ablehnte. Die hier interessierenden Vorschriften des Saarstatuts verordneten, die Kohlegruben in französischen Besitz zu übergeben und das Saargebiet für fünfzehn Jahre der Verwaltung der Völkerbunds zu unterstellen, bevor eine Volksabstimmung über die Beibehaltung des Status oder den Anschluss an Frankreich oder an das Deutsche Reich entscheiden sollte. Damit wurde das Saargebiet vom deutschen Wirtschaftsraum, von seiner Verbindung mit der lothringischen Montanindustrie und vom preußischen Sozialversicherungssystem abgeschnitten. Die französische Militärverwaltung wurde Anfang 1920 durch die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission für das Saargebiet abgelöst, deren erster Präsident, der Präfekt des Départements Marne *Victor Rault*, die deutsch-französischen Spannungen nicht zu überwinden vermochte und 1926 durch einen Kanadier, anschließend durch einen Briten ersetzt wurde. Ungeachtet aller Beschränkungen war der Versailler Vertrag für das Saargebiet durchaus ein Gewinn, weil er dessen Eigenständigkeit festlegte, die bis heute weitgehend erhalten blieb. Bei dem Referendum über den territorialen Status des Saargebiets stimmten Anfang 1935 über 90% der Wähler für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich, 9% für den Status quo als Mandatsgebiet des Völkerbunds und weniger als 0,5% für die Vereinigung mit Frankreich.

#### 4.

Nur zwanzig Jahre nach Ende des ersten Weltkriegs wurde der Grenzort Spicheren wiederum Schauplatz der Geschichte, die nach einem militärischen Vorspiel ein barbarisches Ende nahm, das von 1946 bis 1954 Gegenstand der Rastatter Prozesse war.

Von 1936 bis 1940 ließen die Nationalsozialisten entlang der Westgrenze des Deutschen Reichs ein militärisches Verteidigungssystem errichten, das von Kleve an der niederländischen Grenze über

mehr als 600 km südwärts bis nach Grenzach-Wyhlen an der Schweizer Grenze verlief. Die als „Westwall“ oder „Limesprogramm“ bezeichnete Grenzbefestigung bestand aus einem komplexen System von rund 20.000 Bunkern verschiedener Größe sowie Befehls- und Beobachtungsständen, die zu Sperrfeuerketten verbunden werden konnten. Das gigantische Bauprogramm, das sich an der französischen Maginotlinie orientierte, wurde nahezu ausschließlich unter Oberleitung der nationalsozialistischen *Organisation Todt*, einer paramilitärischen Bautruppe, realisiert. Für seine Ausführung wurden bis zu einer halben Million Arbeiter zwangsverpflichtet, die durch die Deutsche Reichsbahn an die Westgrenze transportiert, von der nach Zerschlagung der Freien Gewerkschaften 1933 gegründeten nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront in Massenunterkünften untergebracht und unter äußerst schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt wurden.

Im Saargebiet begannen die Bauarbeiten für den Westwall 1938. Aufgrund eines bei einer Inspektion Hitlers vor Ort erlassenen Führerbefehls wurde unter anderem Saarbrücken im Oktober 1938 in den Westwall einbezogen. Im Saargebiet wurden rund 8.000 meist landwirtschaftlich genutzte Grundstücke regelmäßig entschädigungslos enteignet, erst ab 1940 wurden besonders schwer betroffene Westwallbauern durch Bauernhöfe in Lothringen, deren Eigentümer die Nazis vertrieben hatten, entschädigt. In Blieskastel am östlichen Rand des Saargebietes nahe Zweibrücken wurde auf einem Grundstück, das mit einem während der französischen Revolution zerstörten Renaissanceschloss der Reichsgrafen von der Leyen bebaut gewesen war, ein Verwaltungsgebäude für die *Organisation Todt* errichtet. Nach der Kriegserklärung Frankreichs am 3. September 1939 wurde im Rahmen des von Hitler befohlenen „Sicherheitsaufmarschs West“ auch französisches Grenzland im Saargebiet besetzt, was die Nazis mit der Nähe zu den saarländischen Industrieanlagen und zur grenznahen Großstadt Saarbrücken begründeten. Auf den Spicherer Höhen errichtete die *Organisation Todt* im Dezember 1939 erste provisorische Unterstände, darunter einen, der nach einer Ortsbesichtigung Hitlers am 24. Dezember als „Adolf-Hitler-Stellung“ bezeichnet und ab Januar 1940 weiter ausgebaut wurde. Bis Juni 1940 wurde der Bunkerbau vom Spicherer Berg unmittelbar an der Landesgrenze um rund sechs Kilometer westwärts in Richtung Petite-Rosselle erweitert, bevor man die Bauarbeiten einstellte.

Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für den Westwall erstellten die Nazis 1940 am Stadtrand von Saarbrücken gegenüber der Goldenen Bremm und einer vielbesuchten Gaststätte das Barackenlager „Neue Bremm“. Es diente zwei Jahre lang als Arbeitslager für Zwangsarbeiter und zur Unterbringung von Kriegsgefangenen. Anfang 1943 ließ die Geheime Staatspolizei (Gestapo) das Lager vergrößern, ab Mitte des Jahres wurde es als „Erweitertes Polizeigefängnis“ zur Unterbringung von bis zu 500 männlichen Häftlingen genutzt. 1944 wurde zusätzlich ein hiervon getrenntes Frauenlager für bis zu 400 Gefangene in Betrieb genommen. Vom mit einem Maschinengewehr bestückten Wachtturm aus

kontrollierten Aufseher das gesamte Areal. Inmitten der Lager befand sich jeweils ein Löschteich, am Rand die Unterkunft des Lagerkommandanten, im Frauenlager stand eine Werkstattbaracke. Anders als die Konzentrationslager, die durch das zentrale SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt in Berlin betrieben wurden, unterstanden Erweiterte Polizeigefängnisse der unmittelbaren Verfügungsgewalt der jeweiligen regionalen Gestapo, was ohne Anordnung von Schutzhaft flexible, unkontrollierte und keiner Weisungsbefugnis unterliegende Einsatzbefehle vor Ort erlaubte; meistens dienten sie als Durchgangslager für Konzentrationslager. Der Oberbefehl über beide Lagerarten lag beim Reichsführer-SS *Heinrich Himmler*. Mit der Bezeichnung als Polizeigefängnis wurde die eigentliche Funktion der Einrichtung verschleiert. Sie war alles andere als eine Haftanstalt für verurteilte Straftäter oder eine Anlage zur vorübergehenden Internierung aus Gründen polizeilicher Gefahrenabwehr, sondern ein Hort brutaler Folterung, sadistischer Prügelexzesse und willkürlicher Tötungen.

Inhaftiert waren neben vermeintlichen oder tatsächlichen Gegnern des Nationalsozialismus, Zwangsarbeitern und Juden vor allem in „Sippenhaft“ genommene Verwandte von Wehrmachtsdeserteuren und Kriegsdienstverweigerern sowie Kriegsgefangene und Widerstandskämpfer aus vielen Teilen Europas, insbesondere aus Frankreich und der Sowjetunion. Geführt wurde das Lager von dem 30jährigen Lagerkommandanten *Fritz Schmoll*, dessen 35jährigem Stellvertreter *Peter Weiss* und dem 24 Jahre alten *Karl Schmieden* als Chef der Wachmannschaften, die Oberaufsicht über das Frauenlager hatte die 32jährige *Karoline Thomae*. Während die Führer Gestapobeamte in mittleren bis unteren SS-Rängen waren, gehörten zum Personal der Aufseher, Verwaltungsangestellten oder sonstigen Beschäftigten ausschließlich vom Arbeitsamt dienstverpflichtete Rentner, Kriegsversehrte oder brave Familienväter. Kennzeichnend für diese Gruppe war der 63jährige *Nikolaus Drokur*, der als Bergmann unter Tage gearbeitet und es bis zu einem Arbeitsunfall als dreifacher Vater zu einem Eigenheim gebracht hatte, bevor er angesichts einer kargen Rente von 70 Reichsmark mehrere Aushilfsstellen wahrnehmen musste. Im Lager galt er als Inkarnation des brutalen SS-Aufsehers, wiewohl er nie Mitglied einer SS-Einheit oder einer anderen nationalsozialistischen Organisation war. Die zunehmende Gewöhnung an die Ausübung unkontrollierter Machtbefugnisse ließ Misshandlungen zum Terror ausarten und führte zu immer exzessiveren Maßnahmen der Folter. Er ertränkte Häftlinge im Löschteich und machte daraus ein Spektakel für die Mehrzahl seiner Kollegen, die ihrerseits immer hemmungs- und gefühlloser gegen die Lagerinsassen vorgingen. Indessen wurde kein Aufseher von seinen Vorgesetzten dazu gezwungen, Häftlinge zu misshandeln. So berief sich der gelernte Bäcker *Robert Rudy* gegenüber dem Lagerkommandanten erfolgreich auf die im Lager ausgehängten Dienstvorschriften, die Misshandlungen von Häftlingen untersagten.

Alle Lagermitarbeiter verrichteten ihre menschenunwürdigen Behandlungen der Insassen vor den Augen der Öffentlichkeit. Die in den durch Stacheldraht eingezäunten Lagern ausgeführten Misshandlungen waren für Besucher der unmittelbar anliegenden Gaststätte „Neue Bremm“ und des nahegelegenen Hauptfriedhofs, für Spaziergänger und für Autofahrer auf der an die Lager angrenzenden Hauptausfallstraße Saarbrückens zum Ausflugsgebiet Spicherer Höhen ohne Weiteres einsehbar, die Schmerzensschreie der Gefolterten hörbar. Mindestens 82 Häftlinge wurden ermordet, darunter 43 Franzosen, fünfzehn Sowjetbürger, neun Polen und vier Deutsche. Weitere Opfer waren Hunderte von Häftlingen, die in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau, Mauthausen und Ravensbrück „verschubt“ worden waren und an den Folgen der Misshandlungen und der Unterernährung starben, die sie im Lager Neue Bremm erlitten hatten.

Täter, überlebende Opfer und die menschenunwürdigen Misshandlungen im Gestapo-Lager Neue Bremm standen im Mittelpunkt des *Rastatter Prozesses* von 1946, des ersten alliierten Kriegsverbrecherprozesses in der französisch besetzten Zone, dem weitere Straf- und Revisionsverfahren folgten. Alle Richter des auf der Grundlage des alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 10 im April 1946 eröffneten französischen Militärgerichts Tribunal Général und nachfolgend des Revisionsgerichts Tribunal Supérieur wurden von der französischen Militärverwaltung ernannt. Die Verteidigung übernahmen überwiegend deutsche Rechtsanwälte, unter ihnen *Otto Kranzbühler*, der im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher Admiral *Karl Dönitz* verteidigt hatte, der Rechtsanwalt *Karl Heitz*, der sich bei der Wahl des Offenburger Oberbürgermeisters 1948 gegen den 1933 von den Nazis abgesetzten Vorgänger von der SPD mit einer Stimme Vorsprung durchsetzte, und die 24jährige Rechtsreferendarin *Helga Kloninger* als Pflichtverteidigerin. Die Angeklagten hatten das Recht, sich auch von französischen Anwälten verteidigen zu lassen, wovon der Völklinger Montanunternehmer *Hermann Röchling*, Angeklagter im Rastatter Prozess von 1948/49, Gebrauch machte.

Gerichtsort waren die stuckverzierten Barocksäle des Rastatter Schlosses, das der badische Markgraf *Ludwig Wilhelm* („der Türkenuouis“) nach Ende des vom „Sonnenkönig“ *Louis XIV.* 1688 aus nichtigem Grund angezettelten, für die Kurpfalz, die Pfalz und die Markgrafschaft Baden verheerenden Pfälzischen Kriegs als seine neue Residenz in der Zeit von 1697-1707 hatte erbauen lassen. Auch Rastatt war ein Opfer dieses Kriegs gewesen, auf den Trümmern des Marktorts wurde die von dem Wiener Architekten *Domenico Egidio Rossi* entworfene Schlossanlage errichtet, die einige Ähnlichkeiten mit dem Schloss Versailles aufweist. Es war ein für das deutsch-französische Verhältnis durchaus nicht unbelasteter Ort, den die französische Militärverwaltung 250 Jahre nach Ende des Pfälzischen Kriegs als Sitz des Tribunals ausgewählt hatte.

Um ein Vielfaches stärker war die Belastung, die die Angeklagten der im Rastatter Schloss ab 1946 vor dem Tribunal Général und vor dem Tribunal Supérieur geführten Kriegsverbrecherprozesse auf sich geladen hatten. Neben zwei Strafverfahren gegen die Täter von der Neuen Bremm wurden hier Strafverfahren gegen das Personal der diesseits der Grenze gelegenen Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof und des Umerziehungslagers Schirmeck im Elsass sowie des SS-Sonderlagers Hinzert bei Trier, gegen die Aufseherinnen des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück und gegen die Verantwortlichen zahlreicher weiterer NS-Lager im Südwesten Deutschlands geführt. In 105 Fällen wurde die Todesstrafe verhängt, in 62 Fällen vollstreckt. Straftaten, die während des zweiten Weltkriegs auf französischem Territorium begangen worden waren, fielen in die Zuständigkeit von Militärgerichten in Frankreich.

Angeklagt im ersten Rastatter Prozess im Mai/Juni 1946 waren der Kommandant und sein Führungsstab sowie die Aufseher, insgesamt 37 Lagermitarbeiter des Gestapo-Lagers Neue Bremm, die sich wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen Mordes und Totschlags zu verantworten hatten. Im Juli 1947 folgte ein zweites Strafverfahren gegen elf weitere Lagerbedienstete, die vor dem ersten Prozess untergetaucht oder nicht auffindbar waren. Von den 37 Angeklagten des ersten Prozesses wurden fünfzehn, unter ihnen Fritz Schmoll, Karl Schmieden und Nikolaus Drokur, zum Tod verurteilt; die Urteile wurden am 30. Juli 1946 und am 11. Dezember 1947 vollstreckt. Neunzehn Männer und sechs Frauen erhielten Haftstrafen zwischen drei und fünfzehn Jahren, von denen einige aufgrund von Amnestiegesetzen und nachlassendem Ermittlungsdruck in späteren Jahren abgekürzt wurden. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, unter ihnen der gelernte Schreinermeister *Eduard Leibfried*. Er hatte sich durch Drohungen und dienstliche Verweise des Lagerkommandanten nicht davon abhalten lassen, Gefangenen Zigaretten und Lebensmittel zuzustecken. Als Fritz Schmoll ihn beim Austausch von Adressen und Nachrichten mit Häftlingen ertappte, wurde er fristlos entlassen und strafrechtlich angezeigt. Dafür verbüßte er im Juli 1943 eine zehntägige Haftstrafe in der Saarbrücker Strafanstalt Lerchesflur. Leibfried ist einer der wenigen, die beispielhaft zeigten, dass man sich selbst unter nationalsozialistischen Terrorregimen die Menschlichkeit bewahren konnte.

In der Geschichte der 3.000 Einwohner zählenden Gemeinde Spicheran an der französisch-deutschen Grenze und der mit ihr verbundenen mehr oder weniger glücklichen Begebenheiten spiegelt sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich in den vergangenen bald dreihundert Jahren seit der französischen Julirevolution und dem deutschen Vormärz wie in einem Brennglas. Es schwankte

zwischen dynastischer Vermählung und politischem Misstrauen, Erbfeindschaft und Revanchismus, Hegemoniestreben und Prestigepolitik, Sicherheitsdenken und Machtillusion, Dominanzwahn und Versagensangst. Über dem Ganzen stand die Sucht nach nationalistischer Selbstverwirklichung. Es bedurfte erst der Doppelkatastrophe des Nationalsozialismus und des zweiten Weltkriegs, um sich realpolitisch der Überlegenheit eines Zusammenwirkens beider Staaten in Europa zu besinnen und die gegenseitige Freundschaft zu institutionalisieren. Dabei ist bemerkenswert, dass es achtzehn Jahre nach Kriegsende der französische Staatspräsident *Charles de Gaulle* war, der dem deutschen Bundeskanzler *Konrad Adenauer* die Hand reichte, wiewohl nicht aus ganz altruistischen Motiven. Mit dem Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 begann nicht nur eine neue Ära der politischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbarstaaten, sondern auch ein kontinuierlich wachsendes kulturelles Verständnis ihrer Bürger bis heute. Spicherent entwickelte sich von einem Grenzort dank des Schengener Abkommens vom 14. Juni 1985 zu einem Erinnerungsort. Zu hoffen bleibt, dass die Erinnerung auch im Namen der Berliner U-Bahn-Station erhalten bleibt und keinem ahistorischen Namenswechsel auf Druck aktivistischer Minderheiten zum Opfer fällt.